



Nr. 26

09. Juli 2026

Friedrichstraße 169
10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon +49 (30) 4081-5570
Telefax +49 (30) 4081-5599
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Beamtinnen und Beamte des Bundes

[Besoldung: Bundesregierung muss sich an Recht und Gesetz halten](#)

Fachassistentenausbildung

[Pflege: Gute Ausbildungsbedingungen von Anfang an](#)

dbb frauen

[Elterngeldreform: Familienstandort Deutschland nicht gefährden](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Baden-Württemberg

[Politisches Sommerfest 2026: amtsangemessene Alimentation im Fokus](#)

Hamburg

[Kritik am „Beamtenbashing“ von Finanzsenator](#)

Nordrhein-Westfalen

[Landesparteitag der CDU: Moderner Staat im Fokus](#)

Saarland

[Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV)

[Mindeststandards für die digitale Ausstattung an allen Schulen gefordert](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb



Beamtinnen und Beamte des Bundes

Besoldung: Bundesregierung muss sich an Recht und Gesetz halten

Der Gesetzentwurf zur amtsangemessenen Alimentation wird weiter auf die lange Bank geschoben. Der dbb warnt vor einem erneuten Vertrauens- und Verfassungsbruch.

Dem dbb wurde mitgeteilt, dass sich das Bundeskabinett vor der parlamentarischen Sommerpause nicht mehr mit dem Gesetzentwurf zur amtsangemessenen Alimentation befassen werde. „Diese erneute Verzögerung ohne jede inhaltliche Begründung ist nicht zu rechtfertigen. Die Bundesregierung würde damit die wiederholten, eindeutigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts weiter ignorieren“, sagte der dbb-Bundesvorsitzende Volker Geyer am 8. Juli 2026 in Berlin.

Seit dem Verfassungsurteil 2025 besteht akuter und von der Bundesregierung anerkannter Handlungszwang. Bundesinnenminister Alexander Dobrindt hatte auf der dbb Jahrestagung im Januar 2026 selbst angekündigt, zeitnah einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. „Seitdem ist ein halbes Jahr

vergangen. Unsere Kolleginnen und Kollegen beim Bund sind stinksauer, weil seither nicht einmal erste Schritte zur Korrektur ihrer verfassungswidrigen Unteralimentation unternommen werden“, so Geyer.

Besonders für die unteren Besoldungsgruppen sei die Einkommenssituation inakzeptabel, ergänzte Heini Schmitt, dbb Fachvorstand Beamtenpolitik. „Es gibt Fälle, in denen die Alimentation inzwischen das Niveau der Grundversicherung unterschreitet. Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen haben einen Eid auf das Grundgesetz abgelegt und geschworen, unsere Verfassung und den Rechtsstaat zu verteidigen. Sie erwarten zu Recht, dass ihre Dienstherrn das auch tun.“

Fachassistentenausbildung

Pflege: Gute Ausbildungsbedingungen von Anfang an

Die Tarifverhandlungen zur Pflegefachassistentenausbildung zwischen den Gewerkschaften dbb und ver.di sowie der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) haben begonnen.

In der ersten Verhandlungsrunde am 7. Juli 2026 wurden die Grundlagen für die tarifliche Ausgestaltung des neuen bundeseinheitlichen Ausbildungsgangs diskutiert.

Ziel der Gewerkschaften ist es, für die künftigen Auszubildenden attraktive und verlässliche Ausbildungsbedingungen tarifvertraglich abzusichern. „Mit der Pflegefachassistentenausbildung wird ein neuer wichtiger bundeseinheitlicher Ausbildungsweg in der Pflege geschaffen. Jetzt gilt es, die tariflichen Rahmenbedingungen so auszugestalten, dass die Ausbildung

attraktiv wird und gute Perspektiven bietet“, betont Andreas Hemsing, Fachvorstand Tarifpolitik.

Die Arbeitgeberseite blieb in dieser ersten Verhandlungsrunde allerdings hinter den Erwartungen der Gewerkschaften zurück. Statt eines konkreten Angebots wurden zunächst überwiegend grundsätzliche Positionen ausgetauscht. „Wir erwarten für die kommenden Verhandlungen deutlich mehr Verbindlichkeit, damit zeitnah tragfähige tarifliche Regelungen für die Pflegefachassistentenausbildung vereinbart werden können“, so Hemsing.



dbb frauen

Elterngeldreform: Familienstandort Deutschland nicht gefährden

Bundesfamilienministerin Karin Prien will das Elterngeld von 14 auf zwölf Monate kürzen. Zudem sollen sich beide Elternteile länger an der Betreuung beteiligen.

Die dbb frauen blicken mit gemischten Gefühlen auf die diskutierten Reformen: „Es ist richtig, die Beteiligung von Vätern an der Kinderbetreuung stärken zu wollen. Aber Gleichstellung entsteht nicht am Reißbrett. Solange die Betreuungsinfrastruktur hinterherhinkt, müssen Familien durch ein starkes Elterngeld abgesichert werden“, betonte Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und stv. dbb-Bundesvorsitzende, am 8. Juli 2026.

Zwar setzen die Reformen richtige gleichstellungspolitische Impulse, indem sie mehr Väterbeteiligung und eine partnerschaftlichere Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit fördern sollen. „Es fehlt aber weiterhin vielerorts an ausreichend Kita- und Betreuungsangeboten. Eigentlich müsste das Elterngeld eher länger und flexibler gezahlt werden, statt Bezugszeiten zu verkürzen“, stellte Kreutz klar.

Wer Gleichstellung fördern will, müsse deshalb auch die strukturellen Voraussetzungen schaffen: verlässliche Kinderbetreuung, echte Wahlfreiheit für Familien und eine finanzielle Absicherung, die die Realität von Familien widerspiegelt.

Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels brauche Deutschland mehr Anreize für Familiengründungen, nicht weniger. Maßnahmen, die Familien verunsichern oder finanziell zusätzlich belasten, drohen die demografischen Herausforderungen weiter zu verschärfen.

Kreutz weiter: „Wer mehr Väterbeteiligung will, muss die finanziellen Hürden abbauen. Gerade für viele Familien sind Einkommenseinbußen noch immer ein wesentlicher Grund dafür, warum Väter nur kurze Elternzeiten in Anspruch nehmen.“

Die dbb frauen haben Verständnis dafür, dass auch der Staat angesichts der Haushaltslage sparen müsse. „Familienpolitik darf aber nicht nach dem Gießkannenprinzip gestaltet werden“, machte Kreutz klar.

Positiv sehen die dbb frauen, dass die über viele Jahre unveränderten Mindest- und Höchstbeträge des Elterngeldes zumindest ein bisschen angehoben werden sollen. „Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, bleibt aber deutlich hinter dem zurück, was Familien angesichts der inflationsbedingten Preisentwicklung der letzten Jahre brauchen“, so die dbb frauen-Chefin.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Baden-Württemberg

Politisches Sommerfest 2026: amtsangemessene Alimentation im Fokus

„Ein Sommerfest ist immer eine gute Gelegenheit, innezuhalten, den Dialog zu suchen und – trotz der geselligen Stimmung – auch die Themen anzusprechen, die uns als Interessenvertretung am Herzen liegen.“ Mit diesen Worten hatte BBW-Vorsitzender Kai Rosenberger am 8. Juli 2026 das Politische Sommerfest des BBW eröffnet.

Zuvor hatte er zuvor eine Vielzahl von Gästen aus Politik, Verwaltung und der eigenen Organisation begrüßt, allen voran Manuel Hagel, den Innenminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten des Landes, sowie den dbb-Bundesvorsitzenden Volker Geyer, beide auch Gastredner des Abends. Aus dem Staatsministerium begrüßte der BBW-Vorsitzende unter

den mehr als 80 Besucherinnen und Besuchern Staatsminister Jörg Krauss, den Chef der Staatskanzlei.

Wofür Rosenberger seine Zuhörerinnen und Zuhörer an diesem Abend mit seiner Ansprache sensibilisieren wollte, war in der Sache nicht neu, wird den BBW und seine Dachorganisation, den dbb, aber auch weiterhin fordern: nämlich die verfassungskonforme Besoldung



der Beamtinnen und Beamten. Aus Sicht des Beamtenbunds im Bund und den Ländern ist diese trotz höchstrichterlicher Rechtsprechung nach wie vor nicht gegeben.

Kernaspekt der richtungsweisenden BVerfG-Entscheidung vom September 2025 sei die Vorgabe, dass die Mindestbesoldung 80 Prozent des Median-Äquivalenzeinkommens erreichen muss, sagte Rosenberger zum Sachverhalt und fügte erläuternd hinzu: „Hier liegt der Kern unserer Kritik.“ Diese Vorgaben würden aktuell nämlich nicht allein durch die Besoldung der Beamtinnen und Beamten erreicht. Verbindlich im Ton, aber klar in der Sache erklärte er unmissverständlich: Das Land bediene sich hier mit der Einrechnung eines fiktiven Partnereinkommens eines „Tricks“. BBW und dbb halten dies für verfassungswidrig. Die Besoldung müsse den Lebensunterhalt aus dem Amt heraus verlässlich tragen. Und zwar unabhängig davon, ob ein Partner arbeitet oder nicht. Das sei der Kern des Alimentationsprinzips.

Innenminister Hagel zeigte Verständnis für die Haltung des BBW und seiner Dachorganisation. Entschieden wandte er sich gegen das Beamten-Bashing, das seit Monaten um sich greife. „Ich stehe ohne Einschränkung zum Berufsbeamtentum und den Grundsätzen des Berufsbeamtentums“, erklärte er. Schließlich sei

der öffentliche Dienst mit seinen Beamtinnen und Beamten das Rückgrat für die Demokratie. Sie sorgten täglich dafür, dass Verwaltung verlässlich arbeite, Rechtssicherheit bestehe und der Staat handlungsfähig bleibe. Im Gegenzug hätten sie ein Anrecht auf eine verlässliche Besoldung, eine sichere Altersversorgung nach dem aktiven Dienst sowie die Beihilfe im Krankheits- und Pflegefall. Vor diesem Hintergrund habe die neue Koalition auch das Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge in Baden-Württemberg für die Jahre 2026, 2027 und 2028 als eines der ersten Gesetzesvorhaben zügig und ohne große Diskussion auf den Weg gebracht, obwohl es sich dabei um ein Gesamtpaket mit einem Finanzvolumen von mehr als 3,6 Milliarden Euro handelte.

Der dbb-Bundesvorsitzende Volker Geyer ging in seinem Grußwort auf den Bericht der Rentenkommission ein und unterstrich, dass sich die Kommission aus gutem Grund und entsprechend der Haltung des dbb gegen eine Einbeziehung der Beamtinnen und Beamte in die gesetzliche Rentenversicherung ausgesprochen habe. Kritisch äußerte er sich zu dem anhaltenden Beamten-Bashing und der zunehmenden Gewalt gegen Bedienstete des öffentlichen Dienstes.

Hamburg

Kritik am „Beamtenbashing“ von Finanzsenator

Das Hamburger Abendblatt hat davon berichtet, dass Finanzsenator Andreas Dressel erneut die Beamtinnen und Beamten der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) ins Visier genommen hat. Insbesondere die Höhe des Ruhegehalts sind ihm dabei ein Dorn im Auge.

Das ist für den dbb hamburg nicht hinnehmbar, da die rechtlichen Grundlagen der Beamtenversorgung nicht ignoriert werden dürfen. Die Beamtenversorgung gehört zur amtsangemessenen Alimentation der Beamtinnen und Beamten, die sich aus Artikel 33 (5) des Grundgesetzes ergibt. Insofern ist sie verfassungsrechtlich geschützt und nicht mit der gesetzlichen Rentenversicherung vergleichbar. Es gibt mehrere Urteile des Bundesverfassungsgerichts, die Aussagen zur Höhe der Versorgung und auch zum Grundsatz Versorgung aus dem letzten Amt getroffen haben. Insofern gibt es klare Rahmenbedingungen, in der sich der Gesetzgeber zu bewegen hat.

Die Finanzierungsproblematik hat die Politik zu verantworten, die über Jahrzehnte keine ausreichenden Rücklagen gebildet, sondern viel Geld für politische Lieblingsprojekte ausgegeben hat, hieß es am 7. Juli 2026 vom dbb hamburg: „Diese Problematik jetzt zu Lasten der Beamtinnen und Beamten lösen zu wollen, ist nichts Anderes als Politikversagen. Die vom Finanzsenator dargestellten erhöhten Kosten ab 2026 sind doch gerade darin begründet, dass Senat und Bürgerschaft in den Jahren 2011-2026 nicht verfassungsgemäß alimentiert haben und deshalb jetzt der große Finanzbedarf entstanden ist. Das kann man jetzt doch nicht den Beamtinnen und Beamten anlasten.“



Thomas Treff, Vorsitzender des dbb hamburg, sagte weiter: „Ich bin fassungslos, dass Herr Dr. Dressel jetzt schon wieder die Beamtinnen und Beamten angreift und verunsichert. Ihm sollten die verfassungsrechtlichen Grundlagen

der Beamtenversorgung geläufig sein. Dennoch scheint er der Auffassung zu sein, dass es derzeit politisch mit ‚Beamtenbashing‘ etwas zu holen gibt.“

Nordrhein-Westfalen

Landesparteitag der CDU: Moderner Staat im Fokus

Der 48. Landesparteitag der CDU Nordrhein-Westfalen fand am 4. Juli 2026 in Düsseldorf statt. Hierzu waren in Vertretung der organisierten Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auch Gäste des DBB NRW eingeladen.

Zentraler Inhalt des Parteitags war die Weichenstellung für die anstehende Landtagswahl im Mai 2027. In fachspezifischen Workshops wurden inhaltliche Grundlagen für das Wahlprogramm diskutiert und formuliert. Im Fokus standen Themen wie wirtschaftliche Entwicklung, Infrastruktur, Bildungsgerechtigkeit, Bürokratieabbau sowie innere Sicherheit. Weiterhin gaben prominente Redner einen Überblick auf die tagespolitische Sachlage im Land und im Bund. Neben einer programmatischen Rede des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Hendrik Wüst trat auch Bundeskanzler Friedrich Merz auf.

Sowohl in der programmatischen Rede des CDU-Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Hendrik Wüst als auch in den inhaltlichen Workshops spielte die Entlastung des Staatsapparates eine zentrale Rolle. Wüst forderte unter anderem weniger Bürokratie und stärkere Kommunen. Ziel der CDU NRW ist eine Modernisierung von Staat und Verwaltung

durch digitale Prozesse und schnellere Verfahren, um auch die Belastung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu reduzieren.

Die Ideen für morgen und ein gemeinsames Nordrhein-Westfalen entstehen nicht ohne die Menschen, die den öffentlichen Dienst tragen. Sie halten das Gemeinwesen jeden Tag am Laufen und schaffen die Grundlage dafür, dass ein ganzes Land gemeinsam vorankommt. Ein starkes Morgen für NRW gibt es nur mit einem starken öffentlichen Dienst. Wer über die Zukunft des Landes spricht, muss deshalb auch über die Arbeitsbedingungen, die Bezahlung und die Versorgung der Kolleginnen und Kollegen sprechen. Für den DBB NRW sind Parteitage stets wichtige Netzwerkveranstaltungen der Politik. Sie bieten die Gelegenheit, genau diese Perspektive dorthin zu tragen, wo die politischen Weichen gestellt werden. In vielen persönlichen Gesprächen vertritt der DBB NRW die Interessen der Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst vor Ort mit klaren eigenen Positionen.

Saarland

Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst

Tätliche Angriffe auf Vollstreckungsbeamte u. gleichstehende Personen sind an der Tagesordnung und die Fallzahlen steigen.

Der Vorsitzende des dbb saar, Sascha Alles, sagte dazu am 7. Juli 2026: „Nach dem tragischen Tod unserer Kollegen (Polizei und Gerichtsvollzieher) im letzten Jahr und den jüngsten Ereignissen in Stade, bei denen sechs Mitarbeiter einer Jugendhilfeeinrichtung sowie des Jugendamtes getötet wurden, scheint ein neuer trauriger Höhepunkt erreicht.“

Ob in Jugendämtern, sozialen Diensten, Schulen, Polizei, Justiz, Rettungsdiensten oder Verwaltungen, erklärte Alles, die „Kolleginnen und Kollegen übernehmen jeden Tag Verantwortung für unsere Gesellschaft. Tägliche Anfeindungen, Pöbelleien oder gar körperliche Übergriffe dürfen nicht geduldet werden. Wir erwarten Respekt für diejenigen, die für unsere Gesellschaft in vielfältiger Weise eintreten und diese täglich am Laufen halten.“



Jede Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sei ein Angriff auf den Rechtsstaat und somit auch auf die Demokratie. „Wir fordern daher eine bessere statistische Erfassung und eine Erweiterung der Auswertungsmöglichkeiten bei Gewaltdelikten auch außerhalb der Polizei“, sagte Alles. „Auch können wir uns einen vorübergehenden Entzug der Fahr-

erlaubnis nach Gewaltdelikten gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes vorstellen. Es sollte jedem klar sein, dass ein solches Verhalten (Gewalt) direkte Konsequenzen nach sich zieht. Unter dem Motto: Wer die Faust erhebt, der geht (zu Fuß)!“

Deutscher Philologenverband (DPPhV)

Mindeststandards für die digitale Ausstattung an allen Schulen gefordert

Gymnasien sind auf einen möglichen erneuten Distanzunterricht deutlich besser vorbereitet als andere Schulformen.

Das zeigen Erhebungen, die im Nachgang der Corona-Pandemie erstmals systematisch untersucht hatten, wie vorbereitet sich Schulleitungen und Schülerinnen und Schüler auf künftigen Distanzunterricht fühlten – und auf die das Zentrum für internationale Vergleichsstudien (ZIB) e.V. im Rahmen der Reihe „Data of the Month“ nun erneut aufmerksam gemacht hat. Der DPPhV wertet die Ergebnisse als Beleg für den Weitblick und das Engagement der Gymnasiallehrkräfte – und fordert zugleich, die begonnene Modernisierung der digitalen Infrastruktur an allen Schulen konsequent und mit verbindlichen Standards fortzusetzen, damit auch künftig alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von Schulform und familiären Ressourcen bestmöglich auf digitale Lernszenarien vorbereitet sind.

„Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Unsere Gymnasien haben aus den Erfahrungen der Pandemie gelernt und ihre Hausaufgaben gemacht“, erklärte die DPPhV-Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing am 8. Juli 2026. „Das ist zuallererst ein Verdienst der Gymnasiallehrkräfte, die mit großem persönlichem Einsatz digitale Unterrichtsformate in ihren Schulalltag integriert haben. Diese Leistung verdient Anerkennung – und sie zeigt, was möglich ist, wenn Engagement auf funktionierende Strukturen trifft.“

Konkret fühlten sich nur 24 Prozent der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten nicht oder nur wenig auf einen künftigen Distanzunterricht vorbereitet – bei Schülerinnen und Schülern anderer Schulformen lag dieser Anteil mit 35 Prozent deutlich höher, im Durchschnitt aller 15-Jährigen bei 30 Prozent. Auch im internationalen Vergleich schnitt Deutschland insgesamt besser ab als der OECD-Durchschnitt, in dem sich 36 Prozent der Jugendlichen unzureichend vorbereitet fühlten. Aus Sicht der Schulleitungen fiel das Bild noch positiver aus: Bundesweit sahen lediglich 6,5 Prozent von ihnen ihre Schule nicht ausreichend auf künftigen Distanzunterricht vorbereitet – ein Vertrauensbeweis in die geleistete Aufbauarbeit.

Gleichzeitig wird deutlich, wo weiterhin angesetzt werden muss: 65 Prozent der Jugendlichen nutzten während der Schulschließungen vorrangig einen Laptop, PC oder ein Tablet, um am Unterricht teilzunehmen – knapp ein Viertel (23 Prozent) griff überwiegend auf das Smartphone zurück, ein Gerät mit spürbaren Grenzen für ernsthaftes digitales Lernen. „Diese Daten zeigen: Wir dürfen uns auf dem Erreichten nicht ausruhen“, so Lin-Klitzing. „Damit alle mit geeigneten Endgeräten lernen können, brauchen wir endlich verbindliche Mindeststandards für die digitale Ausstattung unserer Schulen – nicht nur als Empfehlung, sondern als verbindliche Vorgabe der Kultusministerien als Dienstherrn.“



Namen und Nachrichten

René Bäselt wurde als Zugbegleiter auf dem ICE selbst schon angegriffen, beschimpft und bespuckt. In letzter Zeit entspanne sich die Stimmung in den Zügen aber wieder, erzählt er im **dbb Podcast**. „Vielleicht werden wir nicht mehr so angefeindet, weil die Passagiere sich an die Probleme bei der Bahn gewöhnt haben. Ist zwar nicht schön, ist aber so: Wir sitzen doch alle im selben Boot... also im selben Zug“, erzählt der 56-jährige Berliner. 2025 gab es dennoch über 3000 Übergriffe auf das Zugpersonal der Bahn. René Bäselt hielte es deshalb für besser, wenn pro Zug wie früher wieder drei bis vier Zugbegleiter oder Zugbegleiterinnen an Bord wären, statt wie heute zwei: „Das sind bis zu 13 Wagen. Eine Person in der 1., eine Person in der 2. Klasse. Wenn da irgendwo was passiert, kommt man doch fast immer zu spät.“ Der erfahrene Zugchef ist für die Diensterteilung an Bord, für die Sicherheit, Techniküberwachung und Ansagen im ICE zuständig. Schichtbeginn kann rund um die Uhr sein und die Einsätze bis zu sechs Tage dauern. René Bäselt liebt die Abwechslung in seinem Beruf als Zugbegleiter. Pannen im Betriebsablauf mag er hingegen weniger: „Die Züge heute sind viel moderner, aber auch viel stör anfälliger. Auf den alten Zügen konnte man da auch noch manchmal was selbst beheben,

etwa bei der Klimaanlage. Heute gibt es dafür kaum noch Spielraum.“ Den dbb-Podcast gibt es hier: <https://linktr.ee/dbb.online>.

Die Besoldung und Versorgung aller Beamtinnen und Beamten in Deutschland wird ausschließlich durch Gesetz geregelt – und muss entsprechend den allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen regelmäßig angepasst werden. Dies erfolgt durch entsprechende Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetze des für den Rechtskreis zuständigen Gesetzgebers. Die vorläufigen Besoldungstabellen für **Bayern** (ab 1. Oktober 2026) und Baden-Württemberg (ab 1. April 2026) stehen ab sofort auf www.dbb.de zur Verfügung.

Auf Einladung des Ministers für Bildung Jugend und Sport, Gordon Hoffmann, trafen sich am 08. Juli 2026 der Landesvorsitzende des dbb **brandenburg** Ralf Roggenbuck und die stellv. Landesvorsitzenden Christina Adler und Alexander Prill zu einem Gespräch über bildungspolitische Themen des Landes. Schwerpunkte waren die Lehrerbildung, die Digitalisierung zum Abbau der Bürokratie in den Schulen sowie Maßnahmen zur Sicherung des Unterrichts an den Schulen trotz Lehrkräftemangel.

Termine:

12. – 14. Oktober 2026

Betriebsräteschulung des dbb

Weitere Informationen unter www.dbb.de
